

# NEWSLETTER FRANK JAHNKE

FÜR KULTUR. WIRTSCHAFT. STADTPOLITIK.



Aktuelle Informationen von Frank Jahnke  
September / Oktober 2024



Inhalt	Seite
EDITORIAL	1
WIRTSCHAFT Reindustrialisierung durch Transformation	2
STADTENTWICKLUNG Berliner Erklärung zum Städtebau	3
KULTUR 30 Jahre »Rundfunk Orchester und Chöre gGmbH«	4
MEDIENPOLITIK Reform der Filmförderung in Deutschland	6
MEIN AKTUELLER AUSSTELLUNGSTIPP Was sind das für Zeiten? – Grosz, Brecht & Piscator	7



*Zukunftsprojekt Weltausstellung: Nach dem »Expo-Store« im Europa-Center, über den im letzten Newsletter ausführlich berichtet wurde, hat nun in den Spandau-Arcaden ein zweiter Store eröffnet  
Foto: Frank Jahnke*

## EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

die politische Diskussion scheint in diesen Wochen kaum ein anderes Thema zu kennen als die Begrenzung der Zuwanderung. Mitunter wird der Eindruck erweckt, als stünde Deutschland und stünde Europa vor einer existenziellen Krise, wenn die Migration nicht binnen kürzester Zeit gestoppt würde. Zwar stellt die weltweite Migration durch Kriege und Umweltkatastrophen zweifellos ein längerfristiges Problem dar, dessen Ursachen wir bekämpfen müssen, aber sie ist nicht »Die Mutter aller Probleme«, wie HORST SEEHOFER als Innenminister es einst so unvergleichlich formulierte. Sein offensichtliches Ziel, damit Wählerstimmen von der AfD zurückzuholen, hat er auf diese Art freilich nicht erreicht – und auch heute kann es der AfD nur nutzen, wenn ihr Lieblingsthema auf allen Kanälen in Dauerschleife läuft!

Es gibt in der Tat noch andere politisch wichtige Themen für die Zukunft unseres Landes. Die Transformation der deutschen Industrie vor dem Hintergrund von Energiewende, Digitalisierung und Arbeitskräftemangel stellt eine Herausforderung dar, doch gerade für den Osten Deutschlands auch eine große Chance – und Fremdenfeindlichkeit steht hierbei den wirtschaftlichen Interessen der ostdeutschen Bundesländer diametral entgegen! Hierüber wird in diesem Newsletter ebenso berichtet wie über die geplanten Neuregelungen bei der Filmförderung, die spannende Geschichte der Rundfunkorchester und -chöre im Zuge der Neuordnung der Rundfunklandschaft im wiedervereinigten Deutschland und zur weiteren Gestaltung der Berliner Mitte. Mein aktueller Ausstellungstipp führt diesmal zu einer kulturpolitisch-historisch interessanten Ausstellung und zugleich in eine grüne Oase mitten in der Stadt.

Eine angeregte Lektüre wünscht wie immer

Ihr / Euer

*Frank Jahnke*

## Reindustrialisierung durch Transformation

**Berlin ist traditionell eine Industriestadt und in der Gründerzeit durch die schnelle Industrialisierung zu der Großstadt geworden, wie wir sie heute kennen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelte sich die Stadt zur größten Industriestadt in Deutschland. Auch nach Zweitem Weltkrieg, Teilung der Stadt und Abwanderung von Unternehmen zählte die Berliner Industrie 1989 immerhin noch 378.000 Beschäftigte (fast 173.000 im Westteil und knapp 206.000 im Ostteil). In den 90er Jahren folgte jedoch eine Welle der Deindustrialisierung mit dramatischen Arbeitsplatzverlusten.**

Die in Berlin seit den »Nuller Jahren« unter SPD-Führung mit Beteiligung von Wirtschaft und Gewerkschaften betriebene Reindustrialisierungspolitik führte zwar zu einer Stabilisierung und vor allem Modernisierung der industriellen Basis Berlins, aber die Zahl der direkt in Industriebetrieben Beschäftigten verharrt bei etwa 100.000. Hinzu kommen seit einigen Jahren zehntausende Arbeitsplätze bei industriennahen Dienstleistungen, vielfach in der Startup-Wirtschaft. Das ist gut für die Innovationskraft der Stadt, allerdings gibt es gerade aus sozialdemokratischer Sicht einen entscheidenden Unterschied: Während traditionelle Industriebetriebe durch Gewerkschaftsbindung vielfach mitbestimmt und tarifgebunden sind, bleiben Betriebsräte, Tarifverträge und Gewerkschaften in Startup- und Tech-Unternehmen in der Regel Fremdworte.

Der allgegenwärtige Transformationsprozess in den verschiedensten Industriebranchen bietet eine große Chance für Berlin und die gesamte Region, neue Produktion hier anzusiedeln und zugleich dem Grundsatz »Gute Arbeit« gerecht zu werden, indem das Potential der Beschäftigten nicht ungenutzt bleibt. Denn gerade bei den anstehenden Herausforderungen der industriellen Transformation und den damit verbundenen Themen wie Dekarbonisierung, Digitalisierung und Demografie ist es wichtig, die Beschäftigten in die Prozesse einzubinden – das gelingt am besten in Mitbestimmungsstrukturen über Betriebsräte.

Die Fahrzeug- und Zuliefererindustrie ist eine Schlüsselbranche der deutschen Wirtschaft. Spätestens mit der Ansiedlung von Tesla ist deutlich geworden, dass die Region Berlin-Brandenburg mit ihren guten Standortbedingungen – einer hohen Innovationskraft durch

viele Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen und innovative Startups mit industriennahen Schwerpunkten, viel Fläche, Nähe zur bundesdeutschen Politik und vor allem viel erneuerbare Energie für eine zukunftsfähige dekarbonisierte Industrie – auch in dieser Branche an vorderer Stelle dabei ist.

Mit den vom Bundeswirtschaftsministerium geförderten in ganz Deutschland arbeitenden insgesamt 27 regionalen Transformationsnetzwerken für die Fahrzeug- und Zulieferindustrie gibt es seit zwei Jahren für diesen wichtigen Industriezweig die Möglichkeit, in der Transformation sozialpartnerschaftliche Prozesse und Mitbestimmung zu unterstützen und so zukunftsfähige Arbeitsplätze zu sichern. Die IG Metall ist als gewerkschaftlicher Partner in fast allen dieser Netzwerke beteiligt – so auch im Regionalen Transformationsnetzwerk für die Fahrzeug- und Zulieferindustrie Berlin-Brandenburg (kurz: ReTraNetz-BB), in dem sie gemeinsam mit dem Berufsbildungswerk der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (bbw), den Wirtschaftsfördergesellschaften beider Länder sowie dem Fraunhofer-Institut IPK wirkt.



*Projektleiter des IG Metall-Teams im ReTraNetz-bb, ROBERT DREWNICKI bei einem Vortrag zum Thema Transformation und Reindustrialisierung  
Foto: Frank Jahnke*

Als Projektleiter für das IG Metall-Team im ReTraNetz Berlin-Brandenburg sieht ROBERT DREWNICKI die Aufgabe der Gewerkschaft im Netzwerk vor allem bei Qualifizierung, Beschäftigtenpolitik und Mitbestimmung, insbesondere durch Beratung von Betriebsräten. Im Gespräch verdeutlicht DREWNICKI die enormen Chancen der Region Berlin-Brandenburg und der ostdeutschen Bundesländer in der Fahrzeug- und Zuliefererindustrie sowie anderen Industriebranchen und konstatiert: »Durch eine gute Industrie- und Standortpolitik mit einer gesteuerten und umsichtig durchgeführten Transformation können die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg und ganz Ostdeutschland zum Motor

eines nachhaltigen Wachstums werden. Wer an fossilen Energien länger als nötig festhalten will oder an Autos mit Verbrennungsmotoren wird Deutschland international in eine wirtschaftliche Sackgasse führen und gefährdet den Industriestandort. Der Begriff »Technologieoffenheit« wird so mehr und mehr zu einem Schlagwort, das am Ende dazu führt, dass Deutschland in Schlüsselindustrien nicht mehr konkurrenzfähig ist, weder in Europa, noch darüber hinaus«.

Doch in vielen Industriebereichen der Zukunft zeigt sich schon jetzt, dass entscheidende Ansiedlungen in Ost-Deutschland erfolgen: Ob Batteriekomponenten, der Ausbau erneuerbarer Energien, Wasserstoff-Pipelines, Halbleiter oder E-Autowerke. Vor allem in Berlin bietet die große Startup-Szene einen wichtigen wirtschaftlichen Input, da hier viele neue innovative Entwicklungen erfolgen, die auf industrielle Skalierung in einem modernen und klimaneutralen Umfeld warten. Nach Einschätzung von ROBERT DREWNICKI besteht daher die reale Chance, dass in der Antriebswende der Standort Ostdeutschland zukünftig so prägend werden kann, wie es jahrzehntelang der Südwesten Deutschlands war. Hinzu kommen die hervorragende Potenziale bei der Energiewende. Für die Hauptstadtregion kann das z.B. bedeuten, dass zusätzlich zu Windkraft- und Solarenergie grüner Wasserstoff bei PCK in Schwedt hergestellt wird, für in Eisenhüttenstadt bei Arcelor hergestellte grüne Bleche, die in der Fahrzeugindustrie in Berlin und Brandenburg verbaut werden.

Eine entscheidende Voraussetzung für ein solches Szenario »Vorsprung Ost« liegt aber vor allem in der Gewinnung von Fachkräften. »Wer Talente in Ostdeutschland halten und neue durch Zuwanderung hinzugewinnen will, der braucht vor allem eins: Den Mut zur Vielfalt in einer Willkommensgesellschaft in allen ostdeutschen Bundesländern, nicht nur in Berlin«, ist ROBERT DREWNICKI überzeugt. Berlin schreibt er ins Stammbuch, dass eine zeitgemäße wirtschaftspolitische Standortpolitik mit guter Industriearbeit nur in einem funktionierenden Verbund mit Brandenburg erfolgreich sein kann. Das ReTraNetz Berlin-Brandenburg als länderübergreifendes und sozialpartnerschaftlich organisiertes Industrienetzwerk wird seinen Beitrag für eine gemeinsame Industriepolitik weiterhin gerne leisten – eine Verlängerung des Projekts über Juni 2025 hinaus vorausgesetzt, wofür die Politik in Berlin und Brandenburg sich auch beim Bund stark machen sollte!

Weitere Informationen: [www.retranetz-bb.de](http://www.retranetz-bb.de) und [Regionale Gestaltung der Transformation - Hans-Böckler-Stiftung \(boeckler.de\)](http://Regionale_Gestaltung_der_Transformation_-_Hans-Böckler-Stiftung_(boeckler.de))

## Berliner Erklärung zum Städtebau

**In der hitzigen Debatte um die Gestaltung der ältesten Teile Berlins stehen sich Rekonstruktionsbefürworter und -gegner oft unversöhnlich gegenüber.**

Letztere führen gegen die Rekonstruktion historischer Quartiere u.a. ins Feld, dass bezahlbarer Wohnraum in solch rekonstruierten Vierteln nicht entstehen könne, und verdächtigen die Befürworter von Rekonstruktionen gar einer politisch »rechten Gesinnung«.

Auf dem diesjährigen »Mitte-Fest«, das schon zum dritten Mal in der Parochialkirche stattfand, wurde eine »Berliner Erklärung zum Städtebau« verabschiedet, in der die Rekonstruktionsbefürworter ihre Position zu verdeutlichen suchen – hier die Erklärung im Wortlaut:

*Die Unterzeichner der Berliner Erklärung zum Städtebau verfolgen mit ihrem Eintreten für einen Städtebau aus parzellierten Häuserblöcken mit einzelnen darin enthaltenen Architektur-Rekonstruktionen die Intention, dass auch neue Stadträume in geschlossener Bauweise – nach dem Vorbild der gründerzeitlich geprägten Berliner Bezirke Friedrichshain, Kreuzberg und Schöneberg – eine offene Gesellschaft beherbergen: Wir streben baulich gefasste öffentliche Stadträume als Lebensräume für eine offene Gesellschaft an!*

*In den zwischen den neuen Häuserblöcken befindlichen fußgängergerechten Stadträumen werden Menschen aus aller Welt zu Hause sein und sich begegnen – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Religion und ihren finanziellen Möglichkeiten.*

*Berlin, d. 30. August 2024*



*Die Erstunterzeichnerinnen und -unterzeichner der Berliner Erklärung versammeln sich zum Gruppenfoto im Chor der Parochialkirche  
Foto: Thomas Neumann, Berlin*

## 30 Jahre »Rundfunk Orchester und Chöre gGmbH«

**In Berlin gab es 1990 mit der Wiedervereinigung der Stadt viele Institutionen plötzlich doppelt: Das reichte von jeweils doppelt vorhandenen kommunalen Versorgungs- und Verkehrsunternehmen, über die Hochschulen bis hin zu zwei Zoos. Im kulturellen Bereich war die Ballung von verschiedenen Institutionen mit gleichen oder ähnlichen Aufgaben besonders groß – man denke nur an drei Opernhäuser, zwei Staatsbibliotheken oder eine Museumslandschaft, die nach der gewaltsamen Teilung nun einer sinnvollen Wiedervereinigung bedurfte.**

Die Rundfunkanstalten in Ost und West, die in Zeiten gegenseitiger Konfrontation während des »Kalten Krieges« entstanden waren, stellten eine besondere Herausforderung dar, zumal dem föderalen Prinzip der Bundesrepublik Deutschland mit Landesrundfunkanstalten das zentralistische System der DDR gegenüberstand, dessen Einrichtungen sich massiv im Ostteil Berlins konzentrierten. Der Einigungsvertrag von 1990 sah im Wesentlichen die »Abwicklung« des DDR-Radios und Fernsehens vor, um das Überdauern alter Strukturen und Seilschaften in den Sendern zu verhindern. Hierfür zuständig war nach Artikel 36 des Einigungsvertrages eine Einrichtung, die in Ermangelung eines besseren Namens tatsächlich schlicht »Einrichtung« genannt wurde. Die Kulturprogramme von »Stimme der DDR« und »Radio DDR II« wurden allerdings bereits im Sommer 1990 vor der Deutschen Einheit im »Deutschlandsender Kultur« (kurz: DS Kultur) zusammengefasst, der weiter aus dem Ost-Berliner Funkhaus in der Nalepastraße sendete.

Zu den Rundfunkanstalten gehörten in Deutschland fast von Beginn an auch Orchester und Chöre. Das Rundfunk-Sinfonieorchester Berlin (RSB) geht zurück auf die erste musikalische »Funk-Stunde Berlin«, die ab Oktober 1923 unter Leitung des Musikers OTTO URACK aus dem Vox-Haus am Potsdamer Platz sendete und 1925 zur Gründung des »Berliner Funk-Orchesters« führte. Zeitgleich entstand auch der »Berliner Funk-Chor«, Vorläufer des heutigen Rundfunkchors Berlin. Beide Institutionen erfuhr nach dem Niedergang in der NS-Zeit und Zweitem Weltkrieg eine Neugründung als Klangkörper des sich im Ostteil der Stadt entwickelnden Rundfunkwesens, also des späteren Rundfunks der DDR.

Der im Westteil der Stadt 1946 unter der Ägide der amerikanischen Militärverwaltung gegründete RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor) verfügte mit dem RIAS-Symphonie-Orchester (RSO), dem RIAS Kammerchor und dem RIAS Tanzorchester ebenfalls über eigene Klangkörper. Mit der Deutschen Einheit 1990 stand der RIAS, der in der medialen Auseinandersetzung des »Kalten Krieges« eine zentrale Rolle gespielt hatte, da er nicht nur im Westteil Berlins gehört wurde, sondern auch weit in die DDR hinein, vor einer ungewissen Zukunft. Gleiches galt für den seit 1962 aus Köln sendenden Deutschlandfunk (DLF), der ebenfalls im Zuge der Ost-West-Auseinandersetzung entstanden war.

In den frühen 90er Jahren wurden – je nach politischer Interessenslage – die verschiedensten Modelle der Senderneuerung im wiedervereinigten Deutschland diskutiert. Das galt zum einen bei der Einführung föderaler Strukturen auf dem Gebiet der früheren DDR, wobei das Projekt eines großen Senders »NORA« für den gesamten Nordosten letztendlich scheiterte, da Mecklenburg-Vorpommern den Beitritt zum NDR vorzog, worauf Brandenburg die eigene Anstalt ORB gründete, die später mit dem Sender Freies Berlin (SFB) zum RBB fusionierte, während im Süden der ehemaligen DDR der MDR entstand.

Vor allem galt dies aber auch für einen deutschlandweiten Rundfunk. Mit dem ZDF, das auf Drängen von Kanzler KONRAD ADENAUER in den frühen 60er Jahren entstanden war, gab es bereits eine bundesweit sendende öffentlich-rechtliche Fernsehanstalt, die jedoch über kein Hörfunkprogramm verfügte. Noch vor Herstellung der Deutschen Einheit 1990 signalisierte ZDF-Intendant DIETER STOLTE daher großes Interesse an der Übernahme von DDR-Rundfunkanstalten und plante auch die Übernahme des RIAS als künftigen Hörfunk des ZDF, was beim Berliner Senat auf Wohlwollen stieß, doch von den ARD-Anstalten vehement abgelehnt wurde.

Im Laufe des Jahres 1993 kristallisierte sich schließlich der Kompromiss einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft namens »Deutschlandradio« unter Einschluss der bisherigen Sender DLF (Köln), RIAS (West-Berlin) und DS Kultur (Ost-Berlin) mit Sitz in Berlin und Köln heraus, deren Gesellschafter sowohl die Landesrundfunkanstalten der ARD als auch das ZDF sind. Gründungsintendant wurde DIETER STOLTE, bevor ERNST ELITZ als erster gewählter Intendant des Deutschlandradios, das am 1. Januar 1994 auf Sendung gegangen war, die Intendanz im März 1994 übernahm.



*ERNST ELITZ, erster Intendant des Deutschlandradios, spricht bei der Jubiläumsfeier als Vorsitzender des Kuratoriums der ROC gGmbH  
Foto: Frank Jahnke*

Gleichzeitig entstand am 1. Januar 1994 die »Rundfunk Orchester und Chöre gGmbH« (ROC) als Dachgesellschaft über den Klangkörpern von DS Kultur und RIAS Berlin, deren Weiterbestehen damit zunächst gesichert war. Das ehemalige RIAS-Symphonie-Orchester war schon seit Mitte der 50er Jahre nicht mehr durch die amerikanische Militäradministration finanziert worden, da die staatliche Finanzierung eines Orchesters den Gepflogenheiten in den USA widersprach, und wurde daher in Radio-Symphonie-Orchester (mit der gleichen Abkürzung RSO) unbenannt, welches auch dem SFB zur Verfügung stand. Finanziert wurde die Trägergesellschaft des RSO seit 1977 über das Land Berlin, den SFB und den RIAS. Die Gründung der ROC gGmbH erfolgte juristisch aus einer Umfirmierung dieser Trägergesellschaft bei gleichzeitiger Änderung des Unternehmenszwecks und der Eigentümerstruktur. Das Deutschlandradio ist nun mit 40 % größter Anteilseigner der ROC, der Bund mit 35 %, das Land Berlin trägt 20 % und der RBB 5%.

Das RSO änderte noch vor Gründung der ROC seinen Namen in Deutsches Symphonie-Orchester (DSO), um den Anspruch zu unterstreichen, auch über den Rundfunk hinaus eine wichtige Rolle im internationalen Konzertgeschehen zu spielen. Seitdem das in »RIAS Big Band« umbenannte RIAS Tanzorchester Anfang des neuen Jahrhunderts ausgegliedert wurde, besteht die ROC gGmbH nunmehr aus

den vier Ensembles DSO, RSB, dem RIAS Kammerchor und dem Rundfunkchor Berlin, die sämtlich auf hohem Niveau im Deutschlandradio, beim RBB und in Konzerten weit über Berlin hinaus zu erleben sind.

Die Gedankenspiele über eine Veränderung der Orchesterstrukturen und mögliche Fusionen endeten zwar nicht mit der Gründung der ROC, sondern auch danach wurde noch über eine Zusammenlegung der Orchester DSO und RSB, zeitweise auch unter Einbeziehung des heutigen Konzerthausorchesters, nachgedacht. Doch am Ende behielten die Orchester ihre Eigenständigkeit, und die zunächst nur bis Ende 1999 gesicherte Konstruktion der ROC gGmbH feiert im September 2024 nicht ohne Stolz ihr dreißigjähriges Bestehen. Zwar gab es aus diesem Anlass keine gemeinsame Jubiläumsveranstaltung aller vier Ensembles, aber alle vier begingen das Ereignis mit Konzerten, und der Saisonauftakt des DSO wurde mit einer Feier in der Philharmonie verbunden, auf der neben dem Regierenden Bürgermeister KAI WEGNER auch ERNST ELITZ sprach, der nach wie vor dem Kuratorium der ROC vorsteht. Der ROC und ihrem Geschäftsführer ANSELM ROSE bleibt weiterhin eine glückliche Hand zum Wohle der Musikstadt Berlin zu wünschen!

*Literaturtip: Harmonielehre. Eine Berliner Umbruchgeschichte. Die Gründung der Rundfunk Orchester und Chöre gGmbH Berlin, Constantin Goschler, Stefan Pulte, Tanja Ruzick,, Metropol Verlag Berlin, September 2024  
ISBN: 978-3-86331-768-3*



*Mit ROC-Geschäftsführer ANSELM ROSE (Bildmitte) bei der Jubiläumsfeier in der Philharmonie – rechts der Regierende Bürgermeister KAI WEGNER  
Foto: Annegret Seidlitz*

## Reform der Filmförderung in Deutschland

**Als Filmproduktionsstandort ist Deutschland in den letzten Jahren gegenüber der europäischen Konkurrenz immer mehr ins Hintertreffen geraten. Große internationale Produktionen gehen verstärkt in Nachbarländer wie Polen, Tschechien oder neuerdings auch nach Österreich, weil sie dort attraktivere Bedingungen vorfinden. Auch bei uns in Berlin-Brandenburg hat der traditionelle Filmstandort Babelsberg längst das Nachsehen gegenüber Produktionsstätten in Prag oder Budapest.**

Die Ursachen hierfür liegen nicht vorrangig in Kostenunterschieden, sondern maßgeblich in der Ausgestaltung der Filmförderung in den einzelnen Staaten und deren Rahmenbedingungen. Der Fachausschuss Wirtschaft, Arbeit, Technologie der Berliner SPD diskutierte mögliche Auswege aus dieser Situation mit BJÖRN BÖHNING, dem früheren Chef der Berliner Senatskanzlei, der heute die »Allianz Deutscher Produzenten – Film & Fernsehen e.V.« (kurz: Produktionsallianz) als CEO und Sprecher des Gesamtvorstands vertritt.

BJÖRN BÖHNING unterstrich zunächst die Bedeutung der Produktionen im Auftrag von ARD, ZDF und privaten Fernsehanstalten für den deutschen Markt, die mit ca. 2,8 Mrd. € jährlichem Auftragsvolumen, fast zehnmals so hoch sind wie das der Streamer Amazon und Netflix. Allerdings gingen selbst bei den deutschen Fernsehproduktionen in erheblichem Maße Aufträge an Produktionsstandorte im Ausland – beispielsweise bei der ARD-Erfolgsserie »Charité«, die maßgeblich im Ausland gedreht wurde, etwa in Prag und Umgebung oder sogar in Lissabon. Auch wenn die Filmwirtschaft in Deutschland 2021 noch immer einen beachtlichen Gesamtumsatz von über 8 Mrd. € erzielte und die Rundfunkwirtschaft in ähnlicher Größenordnung, so dass in der Summe mehr als 180.000 Erwerbstätige in der Branche Beschäftigung fanden, erfordert die mangelnde internationale Konkurrenzfähigkeit dringend politisches Handeln!

Als mögliche Lösung präsentierte BJÖRN BÖHNING eine öffentlich-privatwirtschaftliche Gesamtstrategie mit drei zentralen Säulen: Automatisierte Förderung, Investitionsverpflichtung und ein Steueranreizmodell. Die

automatisierte Förderung (ohne Auswahlkommission für Produktion und Verleih) zielt auf die bessere Planbarkeit und Transparenz der zuschussbasierten Filmförderung, deren Struktur noch aus der Regierungszeit WILLY BRANDTS stammt und dringend einer Anpassung bedarf. Hierfür ist eine Novelle des Filmförderungsgesetzes (FFG) unumgänglich.

Die Investitionsverpflichtung ist ein in den meisten europäischen Ländern bereits bewährtes Instrument, um Sender mit Mediatheken und Anbieter von VoD-Diensten zu verpflichten, in die Herstellung oder den Rechteerwerb für europäische audiovisuelle Werke zu investieren. BJÖRN BÖHNING zeigte am Beispiel Frankreichs auf, wie es dort mittels Investitionsverpflichtung gelingt, auch Streamer wie Netflix, die in Deutschland weder Steuern zahlen noch in nennenswertem Umfang investieren, zu Investitionen im dreistelligen Millionenbereich zu bewegen, so dass in Frankreich 2022 insgesamt ein Investitionsvolumen von über 1,5 Mrd. € erreicht wurde.

Das Steueranreizmodell schließlich soll die bisherige Förderung aus dem Deutschen Filmförderfond (DFF) I und II sowie dem »German Motion Picture Fund« (GMPF) ablösen, deren Volumen 2022 in der Summe 175 Mio. € betrug. Statt eines nach oben »gedeckelten Topfes« würden nach dem neuen Modell Produzentinnen und Produzenten sowie Produktions-



*BJÖRN BÖHNING (rechts), CEO und Sprecher des Gesamtvorstands der Produktionsallianz, bei seinem Vortrag im Kurt-Schumacher-Haus der SPD Berlin*

*Foto: Frank Jahnke*

dienstleister bis zu 30 % der Herstellungskosten in Deutschland in Form einer aus dem Aufkommen der Körperschaft- und Einkommensteuer finanzierten Filmförderzulage erstattet bekommen. Gerade Förderungen dieser Art sind es,

die Produktionen in den letzten Jahren verstärkt ins Ausland zogen.

Teilweise finden sich im Koalitionsvereinbarung von SPD, Grünen und FDP bereits entsprechende Vorhaben. Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) hat ein Konzeptpapier zur Umstellung der Förderung auf automatisierte Förderung sowie Steueranreize vorgelegt. Eine Novelle des FFG soll Anfang 2025 verabschiedet werden, und auch Investitionsverpflichtungen werden geprüft. Zu hoffen bleibt nur, dass die entsprechenden Gesetze zur Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen und Stärkung des Filmproduktionsstandorts Deutschland noch in dieser Legislaturperiode beschlossen werden!

## MEIN AKTUELLER AUSSTELLUNGSTIPP

### Was sind das für Zeiten? – Grosz, Brecht & Piscator

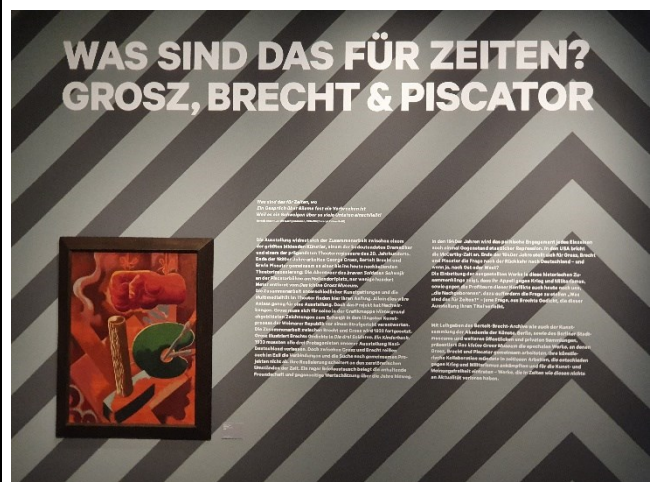
Mitten in Schöneberg, an der vielbefahrenen Bülowstraße und der Trasse der Hochbahn gelegen, befindet sich »Das kleine Grosz-Museum«. Auf dem Gelände einer ehemaligen Tankstelle aus den 50er Jahren hat der Schweizer Galerist JUERG JUDIN dort eine innerstädtische Oase mit üppigem Grün, Wasserläufen sowie einem Café geschaffen und zugleich dem großen Maler und Graphiker GEORGE GROSZ in seiner Geburtsstadt Berlin ein Denkmal besonderer Art gesetzt.

Ab 2005 wurde die frühere Shell-Tankstelle zunächst zu einem Wohn- und Atelierhaus umgebaut, wobei neben den ursprünglichen Verkaufs- und Werkstattträumen der Tankstelle auch ein preisgekrönter Neubau entstand. Nachdem JUERG JUDIN seine geschäftlichen Aktivitäten in die nicht weit entfernte Potsdamer Straße verlagert hatte, widmete er 2021/22 die Räume an der Bülowstraße zu einem ständigen Museum für den Künstler GEORGE GROSZ um, der 1893 als GEORG EHRENFRIED GROß in Berlin geboren wurde.

Die Dauerausstellung im Erdgeschoss des Neubaus zeigt den Werdegang des Künstlers, der unter dem Eindruck des Fronterlebnisses im Ersten Weltkrieg politisiert wurde. Nicht etwa, weil Englisch seinerzeit als besonders schick gegolten hätte wie heutzutage, sondern als demonstrative Distanzierung vom deutschen Nationalismus gab er 1916 seinem deutschen Namen GEORG GROß, bewusst in der Sprache des »Feindes«, eine englische Form; ähnlich wie sein enger Freund HELMUT HERZFELD sich fortan

JOHN HEARTFIELD nannte. In einer multimedialen Darstellung mit exemplarisch ausgewählten Werken zeigt die Dauerausstellung gegliedert nach Kapiteln – von »DADA«, über das zwischenzeitliche Engagement in der kommunistischen Partei, sein vielfältiges Wirken während der Weimar Republik und ab 1933 im amerikanischen Exil – das Leben von GEORGE GROSZ anschaulich in den künstlerischen wie politischen Zusammenhängen.

Im Obergeschoss des Museums werden regelmäßig Sonderausstellungen zu speziellen Aspekten seines Schaffens gezeigt. Derzeit läuft dort, mit dem auf ein Brechtzitat zurückgehenden Titel »Was sind das für Zeiten?«, eine hochinteressante Ausstellung über das Zusammenwirken von GEORGE GROSZ und BERTOLT BRECHT mit dem Theatermacher ERWIN PISCATOR. Dieser hatte BRECHT beauftragt, auf Basis des satirischen Romans »Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk« von JAROSLAV HAŠEK eine neue Bühnenfassung zu erarbeiten, die am 23. Januar 1928 im »Piscator-Theater« am Nollendorfplatz, unweit des heutigen Grosz-Museums, Premiere hatte.



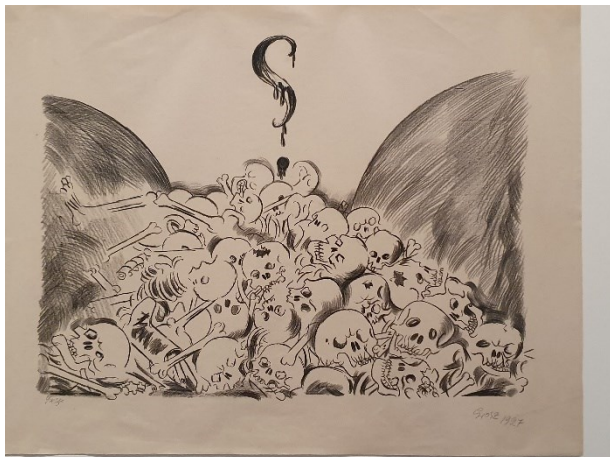
Tafel im Eingangsbereich der Ausstellung im Obergeschoss des Grosz-Museums

Foto: Frank Jahnke

GEORGE GROSZ schuf zahlreiche Illustrationen zu dem Theaterstück, die während der Vorführung auf die Rückwand der Bühne projiziert wurden, und auch »Figurinen«, die auf mechanischen Laufbändern Teil des Bühnenbildes waren. PISCATORS Inszenierung war eine höchst innovative, frühe Form der multimedialen Darbietung und wurde ein großer Publikumserfolg. Die politische Rechte der Weimarer Republik hingegen störte sich am pazifistischen Charakter des Stücks und der Bloßstellung des Militärs. Die im Malik-Verlag von WIELAND HERZFELDE, dem Bruder JOHN HEARTFIELDS, erschienene »Hintergrund«-Mappe, in der die Zeichnungen von

GEORGE GROSZ begleitend zum Theaterstück veröffentlicht wurden, führte sogar zum längsten Kunstprozess der Weimarer Republik. Insbesondere die Zeichnung »Christus mit Gasmasken« erregte die Gemüter. Es kam zu keiner Verurteilung, aber das Gericht ordnete die – glücklicherweise nicht vollzogene – Vernichtung der Druckstöcke an.

Im Jahr 1932 lieferte GEORGE GROSZ noch Illustrationen zu »Die drei Soldaten«, einem Kinderbuch von BERTOLT BRECHT, das zwar gedruckt wurde, doch nicht mehr erscheinen konnte. In der Ausstellung werden diese Zeichnungen ebenso gezeigt wie auch die Bilder aus der »Hintergrund«-Mappe zu PISCATORS »Bravem Soldaten Schwejk«, und Filmsequenzen mit den Bildern, wie sie auf die Bühnenwand projiziert wurden.



Zeichnung von GEORGE GROSZ für die »Schwejk«-Inszenierung von ERWIN PISCATOR  
Foto: Frank Jahnke

Mit dem Machtantritt der Nazis emigrierten GROSZ, BRECHT und PISCATOR aus Deutschland; GEORGE GROSZ befand sich am 30. Januar 1933 sogar schon in den USA, wo er dann blieb und 1938 amerikanischer Staatsbürger wurde. Über andere Exilstaaten landeten schließlich auch BERTOLT BRECHT und ERWIN PISCATOR in den USA. Wie die in der Ausstellung gezeigten Briefwechsel belegen, standen vor allem GROSZ und BRECHT weiter in regem Kontakt und begegneten sich in New York auch persönlich wieder. Nach dem Zweiten Weltkrieg gerieten sie während der sog. McCarthy-Ära schnell ins Visier



Eine Oase im Großstadtrubel: Das kleine Grosz-Museum mit dem historischen Tankstellendach rechts und dem preisgekrönten Neubau links  
Foto: Frank Jahnke

der »Kommunisten-Jäger« – BERTOLT BRECHTS Auftritt vor dem entsprechenden »Committee on Un-American Activities« wird in der Ausstellung als Filmdokument gezeigt. Für alle drei Exilanten stellte sich daher bald die Frage einer Rückkehr nach Deutschland, zumal gerade für BRECHT und PISCATOR das Wirken in der deutschen Sprache essenziell war. Doch in welchen der beiden inzwischen entstandenen deutschen Staaten sollten sie zurückkehren? BERTOLT BRECHT landete mit Umweg über die Schweiz schließlich in Ost-Berlin und gründete sein Berliner Ensemble. ERWIN PISCATOR wurde Intendant der Freien Volksbühne in West-Berlin, wo er in den 60er Jahren große Erfolge feierte. Von Amerika enttäuscht, kehrte schließlich auch GEORGE GROSZ 1959 nach Berlin zurück, wo er aber tragischerweise bereits wenige Wochen nach seiner Rückkehr starb.

Das kleine Grosz-Museum, Bülowstr. 18, 1083 Berlin, Do-Mo: 11 - 18 Uhr (bis 25.11.2024).

---

✉ [newsletter@frank-jahnke.de](mailto:newsletter@frank-jahnke.de)

🌐 [www.frank-jahnke.de](http://www.frank-jahnke.de)

V.i.S.d.P.: Frank Jahnke  
Gurnemannpfad 62, 13465 Berlin

---